

Aktionär Jürgen Grässlin für die Kritischen Aktionär:innen

Gegenantrag zur Hauptversammlung der Heckler & Koch AG am 03.08.2022

Zu TOP 4:

Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden nicht entlastet.

Begründung:

Edmund Heckler, Mitbegründer und Namensgeber von Heckler & Koch, arbeitete sich in der Zeit des Nationalsozialismus als Prokurist bis in die Spitze der Hugo Schneider AG, der HASAG, hoch. Die HASAG war eines der größten Rüstungsunternehmen in der NS-Zeit und setzte während des Zweiten Weltkriegs Zehntausende von zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen ein.

Als Oberingenieur der HASAG erhielt Edmund Heckler die Aufgabe, Zweigwerke aufzubauen. In dieser Zeit entstanden die Produktionsstätten in Berlin, Leipzig, Taucha und Altendorf. Heckler erwarb die Prokura bei der HASAG und leitete die drei letztgenannten Werke. Der Außetrieb Taucha war unter dem Betriebsleiter Heckler „NS-Musterbetrieb“.

Unter Hecklers Führung war die HASAG fester Bestandteil im System „Vernichtung durch Arbeit“ (siehe *Neue Rottweiler Zeitung* vom 07.09.2020). In einer Panzerfaust-Fabrik der HASAG mussten mehr als 1.000 KZ-Häftlinge aus den Konzentrationslagern Auschwitz, Buchenwald und Ravensbrück unter Zwang und unmenschlichen Bedingungen auch Waffen fertigen. Viele der Arbeiterinnen und Arbeiter wurden erschlagen oder erschossen.

Die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) hat im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Aufarbeitung im Auftrag des Unternehmens klargestellt, dass man davon ausgehen müsse, dass Edmund Heckler von den grausamen Bedingungen in der Fabrik wusste. Damit trug er massiv Mitverantwortung.

Im heutigen Unternehmen ist dieser Umstand seit Längerem bekannt. Dennoch hat der Aufsichtsrat der Heckler & Koch AG noch immer nicht die notwendigen Konsequenzen aus den Studienergebnissen gezogen.

Für uns Kritische Aktionär:innen ist klar: Ein führender nationalsozialistischer Scherge, der den Tod zahlreicher Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mitverantwortet, darf in einem vermeintlich humanistisch geprägten Unternehmen keinesfalls Namenspatron sein.

Der Aufsichtsrat der H&K AG muss endlich seiner Verantwortung gerecht werden. Dazu gehören eine klare Distanzierung von den menschenverachtenden Schandtaten des Firmengründers Edmund Heckler und die Umbenennung der Heckler & Koch-Gruppe mit ihren Beteiligungsgesellschaften bzw. Tochterunternehmen im In- und Ausland. Die Opfer, und im Falle ihres Todes die Angehörigen, der grausamen Geschäftspolitik der HASAG müssen angemessen

finanziell entschädigt und unterstützt werden.

Kontakt und Informationen: Dachverband der Kritischen Aktionär:innen in Köln, www.kritischeaktionaeere.de, Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! in Berlin, www.aufschrei-waffenhandel.de und RüstungsInformationsBüro in Freiburg, www.rib-ev.de